

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(19. Ausschuss)**

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Norbert Hauser (Bonn), Norbert Röttgen, Ilse Aigner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/3097 –**

**Sicherung der außeruniversitären interdisziplinären Grundlagenforschung
in der Informations- und Kommunikationstechnik**

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Maritta Böttcher, Rolf Kutzmutz, Ursula Lötzer und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/4037 –**

**Keine Fusion des GMD-Forschungszentrums für Informationstechnik und der
Fraunhofer-Gesellschaft (FhG) zu Lasten der IuK-Grundlagenforschung**

A. Problem

Das bisher verfolgte Verfahren und bekannt gewordene Konzept für die Fusion vom GMD-Forschungszentrum Informationstechnik GmbH (GMD) mit der Fraunhofer-Gesellschaft e.V. (FhG) gefährdet nach Ansicht der Antragsteller die Grundlagenforschung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie in Deutschland. Eine Fusion der GMD und der FhG sollte nur dann vollzogen werden, wenn in der zukünftigen Organisationseinheit mit Wille und Unterstützung aller Beteiligten die interdisziplinäre Grundlagenforschung gesichert ist.

B. Lösung

Ablehnung beider Anträge.

Mehrheit im Ausschuss

C. Alternativen

Annahme eines Antrags oder beider Anträge.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag – Drucksache 14/3097 – abzulehnen;
2. den Antrag – Drucksache 14/4037 – abzulehnen.

Berlin, den 11. Oktober 2000

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulrike Flach
Vorsitzende

Jörg Tauss
Berichtersteller

Norbert Hauser (Bonn)
Berichtersteller

Hans-Josef Fell
Berichtersteller

Cornelia Pieper
Berichterstatlerin

Angela Marquardt
Berichterstatlerin

Bericht der Abgeordneten Jörg Tauss, Norbert Hauser (Bonn), Hans-Josef Fell, Cornelia Pieper und Angela Marquardt

I. Überweisung

1. Der 14. Deutsche Bundestag hat in seiner 102. Sitzung am 11. Mai 2000 den Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/3097 – an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.
2. Der 14. Deutsche Bundestag hat in seiner 121. Sitzung am 28. September 2000 den Antrag der Fraktion der PDS – Drucksache 14/4037 – an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

1. Die interdisziplinäre Grundlagenforschung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie in Deutschland sollte gestärkt werden. In der Vorgehensweise und beim Konzept der geplanten Fusion von GMD und FhG wird dagegen eine Gefährdung der bisherigen Grundlagenforschung gesehen. Falls eine der beteiligten Forschungseinrichtungen die Fortsetzung der Grundlagenforschung ablehnt, sollte auf die Fusion ganz verzichtet werden.
2. Die Fusion von FhG und GMD sollte solange ausgesetzt werden, bis eine Variante der institutionellen inhaltlichen Gestaltung, der Finanzierung und Strukturierung gefunden ist, die den Interessen der beiden Forschungseinrichtungen gleichermaßen entgegenkommt. Die Sicherung der IuK-Grundlagenforschung sei auf jeden Fall zu gewährleisten. Falls ein von beiden Forschungseinrichtungen akzeptiertes Konzept nicht zustande kommt, sollte die Fusion nicht durchgeführt werden.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

1. Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner Sitzung am 11. Oktober 2000 den Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/3097 – mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS abgelehnt.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner Sitzung am 11. Oktober 2000 den Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/3097 – mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS abgelehnt.

2. Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner Sitzung am 11. Oktober 2000 den Antrag der

Fraktion der PDS – Drucksache 14/4037 – mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der PDS und bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. abgelehnt.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat den Antrag der Fraktion der PDS – Drucksache 14/4037 – am 11. Oktober 2000 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/3097 – und den Antrag der Fraktion der PDS – Drucksache 14/4037 – in seiner Sitzung am 11. Oktober 2000 beraten.

Von Seiten der Fraktion der CDU/CSU wird die Auffassung vertreten, dass es noch wesentliche Probleme zu lösen und erhebliche Widerstände in den Einrichtungen zu überwinden gelte, bevor die Fusion von FhG und GMD geglückt sei. Dabei wird vor allem auf eine Stellungnahme der Hauptkommission der FhG verwiesen. Die Hauptkommission fordere u. a., dass durch die Fusion nicht, wie von den Moderatoren vorgeschlagen, eine besondere Organisationsstruktur in dem IuK-Bereich der FhG aufgebaut werde. Auch gegen die Schaffung eines Vorstandspostens der FhG für den bisherigen Vorsitzenden der GMD gebe es Widerstände. Doch nicht nur die Hauptkommission der FhG, sondern auch die Institutsleiter und der Wissenschaftlich-Technische Rat der GMD hätten die Empfehlungen der Moderatoren abgelehnt. Die Fraktion der CDU/CSU bestehe weiterhin auf ihrem Antrag.

Von Seiten der Fraktion der PDS wird betont, dass die PDS einer Fusion nicht grundsätzlich widerspreche. Allerdings sei auch nach der Moderation die Akzeptanz für eine Fusion bei den Belegschaften beider Institutionen noch viel zu gering. Ebenso sei ein Synergieeffekt für die Forschung und Entwicklung in Deutschland im Informations- und Kommunikationsbereich noch nicht erkennbar. Die Fraktion der PDS halte deshalb ihren Antrag aufrecht.

Von Seiten der Fraktion der SPD wird die beabsichtigte Fusion von GMD und FhG als ein richtiger Schritt zur Stärkung der Forschung und Entwicklung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik in Deutschland begrüßt. Derartige organisatorische Änderungen führten in der Regel zu Reaktionen aller Beteiligten, für die es auch Verständnis gebe. Die Bundesregierung habe auf die geäußerten Bedenken richtig reagiert, indem sie eine Moderatorengruppe eingesetzt hätte. Von den Moderatoren seien zwischenzeitlich nützliche und erfolgversprechende Vorschläge

zur Durchführung der Fusion gemacht worden. Die Anträge von den Fraktionen der CDU/CSU und PDS seien deswegen überholt und sollten zurückgezogen werden.

Von Seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird betont, dass ein Konsens unter den Beteiligten eine unabdingbare Voraussetzung für das Gelingen der Fusion sei. Die Moderatoren hätten zwischenzeitlich ein gutes Ergebnis vorgelegt, das eine tragfähige Grundlage für die weiteren Fusionsverhandlungen darstelle. Sicherlich sei noch ein großes Stück Arbeit zu leisten, doch seien die Schwierigkeiten dabei nicht so groß, wie dies in den Anträgen der Oppositionsfraktionen zum Ausdruck käme.

Von Seiten der Fraktion der F.D.P. werden die Bedenken, die die Fraktion der CDU/CSU in ihrem Antrag zum Ausdruck bringt, mitgetragen. Auch nach dem Moderationsverfahren seien noch so viele Fragen und Probleme ungelöst, dass Eile bei der Fortsetzung des Fusionsverfahrens nicht das Gebot der Stunde sei.

Von Seiten der Bundesregierung wird betont, dass die von den Moderatoren Sommerlatte und Picot vorgeschlagene Lösung eine tragfähige Grundlage für die Fortsetzung des

Fusionsprozesses sei. Die Bundesregierung sei davon überzeugt, dass durch die Fusion das Ziel, nämlich eine Stärkung und Konzentration der staatlich geförderten IuK-Forschung in Deutschland, erreicht werde. Darüber hinaus werde die Leistungsfähigkeit der neuen FhG durch eine Verstärkung der Vorlaufforschung sowie durch eine verstärkte Förderung von Ausgründungen maßgeblich erhöht. Andererseits sei es verständlich, dass in diesem Stadium einer Reform von den Beteiligten auf Probleme aus ihrer Sicht hingewiesen werde. Die derzeitige Position der Hauptkommission der FhG werde nicht als das letzte Wort betrachtet. Unter Abwägung beiderseitiger Interessen werde man zu einer Lösung kommen. Bei dem angestrebten Kompromiss werde keine Seite 100%ig ihre Interessen durchsetzen können.

Der Ausschuss beschloss, sowohl zum Antrag der CDU/CSU – Drucksache 14/3097 – als auch zum Antrag der Fraktion der PDS – Drucksache 14/4037 – mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, der F.D.P. und der PDS, Ablehnung zu empfehlen.

Berlin, den 11. Oktober 2000

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Jörg Tauss
Berichtersteller

Norbert Hauser (Bonn)
Berichtersteller

Hans-Josef Fell
Berichtersteller

Cornelia Pieper
Berichtersterlerin

Angela Marquardt
Berichtersterlerin